



Beratung des Deutschen Bundestags über die Anträge zum Kampf gegen Antiziganismus: Initiatoren des Bündnisses für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas zeigen sich enttäuscht

Berlin, 22. März 2019

Anlässlich der heutigen Beratung des Deutschen Bundestags über die Anträge zum Kampf gegen Antiziganismus begrüßen Uwe Neumärker (Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas) und Hamze Bytyci (Vorstandsvorsitzender des RomaTrial e.V.), dass sich der Deutsche Bundestag dieses wichtigen Themas annimmt. Sie äußern allerdings Unverständnis darüber, dass zugewanderte Roma im Beschlusstext keine Beachtung finden. Uwe Neumärker erklärt: **»Antiziganismus richtet sich gegen alle Menschen, die als Roma oder Sinti wahrgenommen werden. Dass der Deutsche Bundestag vorrangig die Angehörigen der als nationale Minderheit anerkannten deutschen Sinti und Roma als schutzwürdig benennt, bedauere ich.«**

Natürlich ist die Sensibilisierung für die Heterogenität unter den Sinti und Roma wichtig. Doch antiziganistisch motivierte Haltungen und Handlungen vom vagen Vorurteil über Ausgrenzung und Benachteiligung bis hin zu offener Gewalt sind sie gleichermaßen ausgesetzt.

Hamze Bytyci führt weiter aus: **»Die Dauer der Anwesenheit der Vorfahren eines von Antiziganismus betroffenen Menschen darf bei der Zurückweisung dieser Art des Rassismus keine Rolle spielen.** Die zugewanderten Roma sind ebenso Teil dieser Gesellschaft, viele sind hier verwurzelt und besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit – und haben genauso ein Recht auf eine gleichberechtigte Beteiligung am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland. Auch deswegen ist es bedauerlich, dass bei der Vorbereitung des geplanten Expertengremiums gegen Antiziganismus lediglich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma konsultiert wurde.«

Uwe Neumärker und Hamze Bytyci fordern die deutsche Politik auf, die Pluralität der Stimmen von Roma und Sinti in Deutschland zu berücksichtigen und den Schutz vor rassistischer Benachteiligung nicht an der Zugehörigkeit zur nationalen Minderheit festzumachen. **»Dieses gebietet die besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Roma in ganz Europa ebenso wie die Unteilbarkeit der universellen Menschenrechte«, schließt Uwe Neumärker ab.**

Auf Initiative der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des RomaTrial e.V. wurde 2015 das Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas ins Leben gerufen. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von fast 30 gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen, die in ihrer Arbeit immer wieder Antiziganismus begegnen und die ein sichtbares Zeichen dagegensetzen möchten. Weitere Informationen zum Bündnis siehe romaday.org.

Kontakt:

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Sarah Rosenau

Georgenstraße 23, 10117 Berlin

Telefon: 030 – 99 00 82 14

E-Mail: sarah.rosenau@stiftung-denkmal.de